

# Wo bleibt die Zusammenarbeit zwischen NATO und Europäischer Union?

## Elf Jahre »Berlin Plus« – Sackgasse statt Zweibahnstraße?

Klaus Olshausen

Wenn die NATO mit dem vorwurfsvollen Hinweis kritisiert wird, dass die Lage in Afghanistan nicht nur militärisch gelöst werden kann; wenn die NATO feststellt, dass es ein Scheitern in Afghanistan um unserer langfristigen Sicherheit willen nicht geben darf; wenn in Afghanistan die Allianz und die EU – oft parallel – nachhaltig tätig sind und wenn es vielfältige Deklarationen für strategische Partnerschaft beider Organisationen gibt, dann stellt sich die Frage in großer Deutlichkeit: Warum gibt es (noch) kein engeres Zusammenwirken in diesem regionalen Kriseneinsatz auf der Ebene des NATO HQ und der EU-Zentrale in Brüssel. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer bemängelte Ende Januar in Berlin erneut, dass NATO und EU einer gemeinsamen Krisenbewältigung in der Welt nicht gerade gerecht werden.

In der Dezemberausgabe dieser Zeitschrift hatte ich die Notwendigkeit für ein strategisches Dreieck von Allianz-EU-USA (Nordamerika) herausgestellt und darauf verwiesen, dass jede weiterführende Erörterung über die Ausweitung sinnvoller Zusammenarbeit der Gremien beider Organisationen durch die ungelöste Zypernfrage zurzeit versperrt bleibt. Die drängenden Krisenlagen, sei es auf dem Balkan, im Nahen Osten oder in Darfur – um nur einige Beispiele zu nennen – erlauben es den Mitgliedstaaten auf Dauer nicht, dies – wenn zum Teil auch klagend – in Kauf zu nehmen.

### Symposium am »NATO Defence College«

Dies hatte das »NATO Defence College« in Rom erkannt. Es nutzte die 10-jährige Wiederkehr der »Berlin Plus«-Vereinbarungen zwischen der NATO und der WEU im Jahr 1996, um kurz nach dem Gipfel in Riga Anfang Dezember 2006 zu einem Symposium einzuladen. Fragen nach unnötiger oder unvermeidbarer Duplizierung, nach möglichen Wegen der Arbeitsteilung und sinnvollen Synergien, nach strukturierter,



NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer (re.) besucht die NATO Response Force bei ihrer Übung auf den Kapverdischen Inseln. Foto: NATO

vereinbarter Kooperation, nach Initiativen für sicherheitspolitische wie wehrtechnische Zusammenarbeit wurden erörtert. Und – mit besorgtem Unterton – wurde gefragt, ob die Staaten sich von der viel zitierten Fähigkeitslücke (»capability gap«) auch politisch auseinanderstrebend (»political gap«) bewegt haben oder bewegen könnten.

Die erste Überraschung bestand für den Autor darin, dass außer einem Vertreter der Europäischen Verteidigungsagentur niemand aus der EU-Zentrale teilgenommen hat, weder vom Generalsekretariat und EU-Militärstab (EUMS) noch von der Kommission. Die Deutung der Teilnehmer schwankte zwischen der Überlastung der Zentrale vor dem Europäischen Rat im Dezember und bewusstem Verzicht auf jede Teilnahme an diesem Symposium über verbesserte Zusammenarbeit, was auf Desinteresse, Distanz oder sogar Ablehnung schließen ließe.

### Fähigkeiten für die Krisenbewältigung

In zwei Themenkomplexen wurden die zentralen Punkte erörtert: Zunächst – unter dem Stichwort der Fähigkeiten – wie beide Organisationen ihre Planung, Entwicklung und Beschaffung künftiger Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und gemeinsamen Ver-

teidigung sowie die dafür vorrangig erforderlichen politischen Ziele, Konzepte und Doktrinen wirkungsvoller gemeinsam gestalten können.

Danach unter dem Stichwort Krisenmanagement und militärische Einsätze, wie ein frühzeitiges Zusammenspiel schon in der Krisenprävention und bei der Frühwarnung sowie eine gezielte Kooperation von EU und NATO unter Nutzung ihrer jeweiligen Stärken für die Krisenbewältigung mit allen nicht-militärischen und militärischen Mitteln – sowohl der Organisationen selbst als insbesondere aller Mitgliedstaaten – praktisch vorangebracht werden kann.

### Unterschiede als Grund für Distanz?

Alle Teilnehmer hoben die inhaltlichen, (völker)rechtlichen und strukturellen Unterschiede zwischen der Nordatlantischen Allianz mit ihrer Vertragsorganisation und der Europäischen Union mit ihren vergemeinschafteten und intergouvernementalen Säulen hervor. Einige zogen daraus die Schlussfolgerung, dass dies den Raum einer engeren Zusammenarbeit stark eingrenze. Andere machten dagegen deutlich, dass die komplexe, diffuse und bedrohliche Sicherheitslage im 21. Jahrhundert geradezu gebiete, dass diese beiden Orga-

nisationen, in denen 21 von 26 bzw. 27 Mitgliedstaaten dieselben sind, ihre komparativen Vorteile von verfügbaren Mitteln und Fähigkeiten in wesentlich stärkerem Maße bündeln oder zumindest synergetisch zur Wirkung bringen müssten, als dies bisher geschehen sei.

Diejenigen, die die NATO als »rein militärisches« Bündnis einordneten, neigten aufgrund der begrenzten Reichweite von Streitkräften für die »Lösung« der meisten Krisen und Konflikte unserer Tage dazu, die Allianz vorrangig als »Rückversicherung« für die »klassische« kollektive Verteidigung zu betrachten. Deshalb argumentierten sie eher für eine intensivere direkte politische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA. Denn mit und seit dem EU-US-Gipfel in Dublin habe sich deren Themenpalette doch auf fast alle sicherheitsrelevanten Herausforderungen ausgeweitet. Ihnen war der Vorteil, in der Allianz mit den USA als gleichberechtigter Vertragspartner konsultieren und entscheiden zu können, weniger bedeutsam, als die Gesprächsführung auf »gleicher Augenhöhe«, wenn sich EU und USA trafen, getreu dem Grundsatz: »Man muss sich fühlen können«.

Andere Gesprächspartner unterstützten zwar gleichfalls die direkten Kontakte und die umfangreichen programmatischen Dokumente zwischen der EU und den USA, aber sie unterstrichen nachhaltig, dass an der kritischen Schwelle der Krisenreaktion – vor oder am Rande der kollektiven Verteidigung – wenn militärische Mittel zum Einsatz kommen müssen, absehbar niemand davon ausgehen könne, dass die USA als eine zusätzliche »Non EU Contributing Nation« Verbände und Einheiten als »Drittstaat« unter der politischen und strategischen Führung des Politischen und Sicherheitskomitees (PSK) der EU zum Einsatz bringen würde.

### **Hemmschwelle: Autonomiebetonung vs. Dominanzfurcht**

Bei diesem Symposium wurde erneut offenbar, dass – unabhängig von einer unverzichtbaren Lösung der Zypern-Frage – eine Reihe von Mitgliedstaaten und die zentralen Einrichtungen der EU einer praktischen, umfassenderen Zusammenarbeit mit der Allianz erst näher treten können und werden, wenn das eigene Selbstbewusstsein ein – m.E. – übersteigertes Autonomieverständnis aus Sorge vor einer dominanten Rolle der USA unnötig macht und wenn in den USA die Administration wie der Kongress erkennen und begreifen, dass ihren eigenen nationalen Interessen besser gedient ist, wenn in der Allianz – wie mit der EU – nicht im Sinne aufzuerlegender eigener Entscheidungen gearbeitet wird, sondern in der Überzeugung, dass

ihrer Sicherheit und Wohlfahrt gemeinsam erarbeitete und solidarisch durchgehaltene Ziele und Maßnahmen – wie allen Verbänden in NATO und EU – am ehesten und besten dienen.

### **Interoperabilität der Fähigkeiten**

Mit Blick auf die Beziehungen zwischen NATO und EU erkannten alle an, dass die kontinuierliche Verbesserung der Interoperabilität eine zentrale Herausforderung bleibt, und zugleich die Messlatte dieser transparenten Koordination und wirkungsvollen Zusammenarbeit sein muss. Das gilt für die militärpolitische Strategie, Konzeption und Doktrin, die Planungsvorstellungen und -instrumente für die Fähigkeitsplanung und natürlich und besonders offensichtlich für das operative Geschehen in den Krisenreaktionseinsätzen.

Bei der Erörterung der Entwicklung zukunftsrelevanter Fähigkeiten für Krisenreaktion und Verteidigung war bemerkenswert, dass zwischen französischen und amerikanischen Teilnehmern des Symposiums keine kontroversen Positionen bestanden. Beide hielten es für denkbar, ja zweckmäßig die langfristige Streitkräfte-/Fähigkeitsplanung auf der Grundlage gemeinsam von NATO und EU genutzt und in Abstimmung analysierter Szenarien und Parameter voranzubringen. Dies war für beide – und alle anderen – deshalb einleuchtend, weil die Nationen/Mitgliedstaaten von NATO und EU ihre Fähigkeiten in Streitkräften – wie Polizei und anderen Bereichen – nur einmal verfügbar haben. Diese müssen dann sowohl unter NATO- wie EU-Führung, aber auch nationaler, UN- und Koalitionsführung gleichermaßen und nicht mit sehr unterschiedlichen Regeln und Verfahren im Einsatzgebiet erfolgreich verwendet werden können. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Auffassung gemeinsamer Szenarienanalyse nicht von allen Verantwortlichen im französischen Verteidigungsministerium und noch weniger am Quai d'Orsay geteilt wird.

### **Pragmatismus: »bottom up«**

In der aktuellen Lage, in der NATO-Nationen wie EU-Mitgliedstaaten betonen, wie gut die »Berlin plus Vereinbarungen« sich bei der Operation ALTHEA (EUFOR) in Bosnien bewähren, in der aber darüber hinaus keine inhaltliche gemeinsame Diskussion anderer Themen stattfinden kann, plädierten viele Teilnehmer für einen strukturell, funktional und regional pragmatischen »bottom up« – Ansatz.

### **Strategische Kooperation**

Auf der strategischen Ebene bleibt möglich, dass die Mitgliedstaaten, die beiden Organisationen angehören, darauf achten,

dass die Zielsetzungen, Politik- und Handlungsansätze in allen Sicherheitsfragen möglichst identisch begriffen werden, und – wo die Organisationen Unterschiede erfordern – zumindest Parallelität bzw. Komplementarität erhalten bleibt. Dabei können die Ansätze zur Vernetzung militärischer und nicht-militärischer (ziviler) Instrumente in der Krisenvorbeugung, -verhütung, -bewältigung und -nachsorge, die in der EU, der NATO und auch in den USA erarbeitet werden, als praktisches Beispiel für diese Arbeit aller genutzt werden. Dabei sollte nicht als erstes die Frage gestellt werden, wer koordiniert und wer koordiniert wird, sondern welche Fähigkeiten in welcher Lage gleichzeitig oder einander folgend eingesetzt werden.

### **Funktionale Kooperation**

Beim unbestritten erforderlichen Kampf gegen den Terrorismus können die Konzepte und Doktrinen, die national wie in der NATO und der EU bestehen, verglichen, das Übereinstimmende herausgestellt und die Unterschiede anhand des unterschiedlichen Fähigkeitsprofils erläutert und genutzt werden. Dabei ist in allen nationalen wie in den EU- und NATO-Konzepten unstrittig, dass die Streitkräfte im Wesentlichen eine unterstützende Rolle haben und lediglich in einigen offensiven Szenarien in einer – politisch zu entscheidenden – proaktiven Rolle handeln könnten.

### **Regionale Kooperation**

Bei den laufenden Einsätzen in Afghanistan und im Kosovo sind nicht nur beide Organisationen – neben UN und OSZE – im Einsatz, sondern auch alle Nationen von NATO und EU, eine Mehrzahl von ihnen zusätzlich mit bilateralen Programmen. Wer ständig betone, dass die Lage in Afghanistan mit militärischen Mitteln allein nicht zu bewältigen sei (was niemand in Frage stellt) und andererseits der NATO aber keine nicht-militärischen Mittel verfügbar machen wolle, müsse doch mit Nachdruck einer strategischen Zusammenarbeit von EU und NATO das Wort reden und sich nicht mit einer nur suboptimalen Vor-Ort-Koordination zufrieden geben. Bei dieser Lage wären gemeinsame Sitzungen des Nordatlantikrates und des Politischen und Sicherheitskomitees zwingend geboten. Dabei könne festgelegt werden, wer was am besten leiste und wie der Ansatz unterschiedlicher Fähigkeiten optimiert zur Wirkung gebracht werden könne. Die EU spricht im eigenen Bereich dafür von »CMCO« (Civil Military Concept), die NATO von »EBAO« (Effect Based Approach to Operations). Daraus ließe sich ein Konzept entwickeln, in dem NATO-Einsätze mit so genannten »Brüs-

sel plus«-Vereinbarungen durch nicht-militärische Fähigkeiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten unterstützt werden können.

Bei den seit vielen Monaten laufenden Planungen der EU zur Übernahme der Verantwortung von UNMIK im Kosovo – nach einem eigenen Konzept – wäre es zwingend, dies nicht nur innerhalb der EU zwischen dem zivilen Ausschuss und dem Militärausschuss zu erörtern, sondern auch mit den Gremien der Allianz intensiv abzustimmen. Denn die NATO wird absehbar mit KFOR weiterhin entscheidend für ein sicheres Umfeld sorgen müssen. Da sei es mehr als nützlich, wenn die Einsatzpläne nicht erst oder gar nur auf der Ebene der Stäbe im Kosovo koordiniert würden, sondern bereits im strategischen Ansatz das übergeordnete Ziel gemeinsam herausgestellt werde. Die NATO und die EU müssten sich derzeit auf Ministerebene für »zarte Ansätze« solcher Erörterungen auf informelle Mittagessen (transatlantic luncheon)

nenten der Krisenreaktion werden in beiden Organisationen mit erheblichem Aufwand szenarioorientierte Analysen entwickelt, aus denen dann Fähigkeitsprofile abgeleitet werden. Um wechselseitig Transparenz in diesen Verfahren zu fördern, war 2003 eine »NATO-EU-Fähigkeitsgruppe« (»NATO-EU-Capability Group«) vereinbart worden. Bisher werden dort aber nur Ergebnisse oder Verfahren vorgestellt. Aus der Sicht der Beteiligten wird damit nach außen ein Eindruck operativer Zusammenarbeit erweckt, die nicht existiert. Sinnvoll und geboten wäre es, z.B. die Szenarien gemeinsam zu entwickeln, die Fähigkeiten für unterschiedliche Szenarien gemeinsam zu analysieren und zu bestimmen und dann die EU und die NATO eigenständig entscheiden zu lassen, welchen »Level of Ambition« sie für ihre Streitkräfte oder zivile Organisationen auf der Basis der Erkenntnisse festlegen wollen. Denn alles richtet sich bei den Nationen an dasselbe

## Was kann (jetzt) getan werden?

### 1. Mehr Transparenz

Wenn keine gemeinsamen Sitzungen der Gremien möglich sind, dann gilt es, die vorgesehenen Treffen der Gremien mit den jeweiligen Nichtmitgliedern zu verbessern, die entsprechende Sicherheitsabkommen haben. An solchen Sitzungen des PSK, des Militärausschusses (MC) – und ggf. des zivilen Ausschusses (CivCom) – sollten bei der EU auch die nordamerikanischen Mitgliedstaaten der Allianz und nicht nur die europäischen Nationen, die nicht EU-Mitglieder sind, teilnehmen. Und die NATO sollte ein Treffen für die Nicht-NATO-Nationen der EU vorsehen, die ein Sicherheitsabkommen mit der Allianz vereinbart haben. Denn es ist nicht einzusehen, warum der Austausch mit Ländern wie Finnland, Irland, Schweden und Österreich auf die großen EAPC Partnerschaftssitzungen begrenzt ist.

Darüber hinaus ist es Vertretern dieser jeweiligen Delegationen auf beiden Seiten zu ermöglichen, Beobachter zu den jeweiligen Sitzungen in der EU bzw. in der NATO zu entsenden. In den fünfzehn Jahren in Brüssel habe ich nie verstanden, warum die Organisationen sich nicht zu dieser wechselseitigen Transparenz verstanden haben. So könnten Perzeptionen von »versteckten Agenden« oder »Gegenmachttheorien« falsifiziert – oder mit Fakten belegt werden. In jedem Fall ist diese Offenheit langfristig besser, als die fragmentarischen Informationen aus solchen Sitzungen, die – subjektiv ausgewählt durch einzelne EU/NATO-Mitglieder – die jeweiligen Nichtmitglieder erreichen.

### 2. Abstimmung zur »Krisen-Frühwarnung«

Das EU-«Situation Center« und ein – noch zu verbesserndes – NATO-Lagezentrum können gemeinsame periodische Analysen zu den bestehenden und vor allem zu potentiellen Krisenregionen oder Gefahrenpotenzialen erarbeiten. Das kann ein wichtiges Element für die praktische Verwirklichung der deklaratorisch erklärten »frühen Konsultation« beider Organisationen in Krisenlagen darstellen.

Dies setzt voraus, dass die Mitgliedstaaten beider Organisationen ihre Erkenntnisse frühzeitig verfügbar machen. Denn egal, ob transnationaler Terrorismus, Proliferation von MVW und Raketentechnologie oder Zerfall von Staaten und innerstaatliche Konfliktlinien, kein Staat hat dazu für sich alleine ein ausreichendes Aufklärungspotenzial. Die Bündelung auf strategischer Ebene ist erforderlich. Von



Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana (re.) spricht mit einem Soldaten der EUFOR-Mission im Kongo.

Foto: EU

beschränken. So geschehen am 26. Januar am Rande des NATO-Außenministertreffens. Das verlangt erneut, dass die 21 Mitgliedstaaten in beiden Organisationen sozusagen induktiv für indirekte Kohärenz arbeiten und nicht etwa selbst dieses Zusammenwirken aus Gründen eigener unterschiedlicher Interessen in beiden Organisationen noch behindern.

### Gemeinsame Analysen für Planung militärischer Fähigkeiten

Bei der Fähigkeitsplanung für die Streitkräfte und die nicht-militärischen Kompo-

Streitkräftedispositiv oder entsprechende Polizei- oder andere zivile Organisationen der Mitgliedstaaten. Bei dieser Lage erscheine es schon befremdlich, wenn die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) noch immer keine formellen Kontakte mit dem strategischen Kommando der Allianz für Transformation (ACT) in Norfolk/USA aufnehmen könne und auch die Zusammenarbeit zwischen EDA und dem Gremium der Rüstungsdirektoren der NATO (CNAD) – gelinde gesagt – zu wünschen übrig lasse. Diese Diskussionsrunde in Rom beim NDC führt unweigerlich zur Frage:

dieser Basis aus können und müssen dann auch weitere Partner zur Mitarbeit gewonnen werden.

### 3. Strategieentwicklung

Das europäische Institut für Sicherheitsfragen in Paris, der Forschungsbereich des NDC in Rom, die Rand Corporation oder eine andere Institution der USA sowie französische, britische, aber auch niederländische oder skandinavische Institute könnten auf der Grundlage der gültigen Strategiedokumente der NATO, EU, USA und weiterer Nationen mit Blick auf 2009 strategische Ziele für die kommenden Jahrzehnte entwickeln, im Sinne einer »Long-term Vision« für die sicherheitspolitische Gemeinschaft des Westens.

Wem das zu weit geht oder unrealistisch erscheint, der sollte ein phasenweises Vorgehen verfolgen. Die Nationen, die in NATO und EU Mitglied sind, sollten dafür Sorge tragen, dass die strategischen Überlegungen für das nächste NATO-Dokument 2009 und die Weiterentwicklung der EU-Sicherheitsstrategie Hand in Hand erarbeitet werden. Dabei ist es zwingend, das sicherheitspolitische strategische Dreieck von NATO-EU-Nordamerika als einen Eckpunkt im Auge zu behalten und es mit Substanz und politischem Leben zu erfüllen. Die Entwicklung könnte in Teams von einigen Mitgliedstaaten begonnen werden, die zunächst nicht an den Konsens aller gebunden sind, die aber für den später zu erzielenden Konsens aller arbeiten wollen.

### 4. Konzentration auf verschiedene funktionale Herausforderungen/ Risiken

Bereits in der Gipfelerklärung der Allianz in Istanbul 2004 wurde erneut eine Reihe von Aktionsfeldern der Internationalen Gemeinschaft unterstrichen. Damals wie heute steht die Auseinandersetzung mit dem transnationalen Terrorismus im Vordergrund. Schon eine gemeinsame Analyse der Konzepte der NATO (MC 472 und Folgedokumente) sowie der militärische wie vielfältige nicht-militärische Elemente umfassende Ansatz der EU wird erkennen lassen, welche Aufgabenteilung und Zusammenarbeit oberhalb der – hierbei vorrangigen – nationalen Verantwortung zwischen beiden Organisationen möglich ist. Das gilt für Schutz entscheidender Infrastruktur, Unterstützung bei katastrophalen Folgen von Anschlägen auf dem Gebiet der Mitgliedsstaaten ebenso wie bei Einsätzen in Krisengebieten, in denen mit terroristischer Gewalt zu rechnen ist oder erkannte Kämpfer und Zellen ausgeschaltet werden müssen.

Cyber war sowie network enabled capability sind zwei wichtige Themen, die



Eine gemeinsame Pressekonferenz von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer (re.) und dem EU-Außenbeauftragtem Javier Solana.  
Foto: NATO

die einzelnen Mitgliedstaaten ebenso beschäftigen wie die Stäbe und Gremien in der NATO und der EU. Konzeptionell und technologisch gilt es eine synergetische Lösung zu entwickeln – sowohl für die Absicherung eigener Führungs- und Steuerungssysteme als auch für die pro-aktive Gewährleistung der eigenen Informations- und Entscheidungsüberlegenheit. Hier kann und sollte deshalb von EUMS und NATO/IMS auf militärischer und Generalsekretariat der EU und NATO/IS auf der zivilen Seite ein »Arbeitsmuskel« geschaffen werden, der die bisherigen nationalen Programme und die konzeptionellen Entwürfe von EU und NATO zusammenführt oder zumindest auf ihre Kohärenz überprüft. Denn gerade in diesem Bereich ist Interoperabilität ein Muss, wenn die »vernetzte Sicherheit«, die derzeit als Kurzformel in vieler Munde ist, im konkreten Krisenmanagement in operatives Zusammenwirken umgesetzt werden soll.

### 5. Das Zusammenwirken in laufenden Einsätzen

Wenn die künftigen zusätzlichen breiten Aufgaben der EU im Kosovo und das vorgesehene ESVP-Engagement – neben der laufenden Arbeit der EU-Kommission – in Afghanistan mit den intensiven militärischen Herausforderungen der Allianz für eine erfolgreiche Stabilisierung in beiden Regionen synchronisiert werden sollen, darf dies nicht nur den Mitarbeitern vor Ort übertragen oder aufgebürdet werden. Neben den informellen Abstimmun-

gen der Stäbe in Brüssel gilt es, die diplomatischen und militärischen Gremien zu gemeinsamer Lagebeurteilung, Zielformulierung und danach jeweils abgestimmte Weisungen für die Umsetzung zusammenzubringen. Eine richtige und wichtige, aber lediglich vor Ort stattfindende Koordinierung und Zusammenarbeit wird sonst bestenfalls zu suboptimalen Resultaten führen.

Wenn die Bundeskanzlerin bei der Münchner Sicherheitskonferenz zurecht erneut betonte, dass die atlantische Partnerschaft und die europäische Einigung Eckpfeiler deutscher Sicherheitspolitik sind und deshalb transatlantische Sicherheitspartnerschaft und europäische Sicherheitsidentität zwei Seiten einer Medaille darstellen, dann ist es geboten und wird es höchste Zeit, die Anregungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit von EU und NATO aus der deklaratorischen Ebene in praktische Arbeit auf der strategischen, operativen und taktischen Ebene in den diplomatischen, militärischen und nicht-militärischen Wirkungsbereichen umzusetzen. Jedes Zaudern oder gar Verhindern vergeudet nicht nur erhebliche Ressourcen der Mitgliedstaaten, sondern behindert auch die erfolgreiche Stabilisierung in Kriseneinsätzen, ja kann den Erfolg in Frage stellen und – nicht zuletzt – das Leben der Mitarbeiter und Soldaten in Gefahr bringen. ■

*Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.*